

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 24. 32. Jahrg.

13. Juni 1919.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freilag. Abonnementpreis: 1,50 Mk. (inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. (Post-Zellungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88^{1/2}. Redaktionsschluß: Montag, Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideitz, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonparellezelle oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten*

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Der Mindestlohn im neuen Tarifvertrag. Rundschau. Aus dem Buchbinderverbande. — **Allgemeines:** Bilder aus den Tarifverhandlungen, IV. V. Ortsberichte: Dresden, Lith. u. Steindr. — **Die photom. Fächer:** Ortsberichte: Magdeburg, Chemigr. — **Die Tapetenbranche:** Der Abschluß der Lohnbewegung im Formstechergewerbe. Ortsberichte: Berlin. — **Feuilleton:** Eingegangene Schriften. Briefkasten der Redaktion. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Tarif für das deutsche Lichtdruckgewerbe.
An alle Orts- und Gauvorstände sandten wir am 7. Juni das Rundschreiben Nr. 63, welches einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen des Tarif-Ausschusses enthält. Der Tarifvertrag für das deutsche Lichtdruckgewerbe ist auf neue durchberaten worden und soll sämtlichen Lichtdruckerkollegen Deutschlands zur Beschlußfassung überall schnellstens Versammlungen der Lichtdruckerkollegen einberufen werden, über deren Verlauf dem Hauptvorstand auf dem mitgesandten Berichtsbogen Mitteilung gemacht werden soll.
Falls dieses wichtige Material irgendwo nicht angekommen ist, wolle man uns zwecks Nachlieferung sofort Mitteilung machen.
Der Vorstandsvorsitzende.

Zentralkommission der Chemigraphen.

Infolge Erkrankung des Vorsitzenden Kollegen Gragen sind alle Zuschriften bis auf weiteres an folgende Adresse zu senden:
Albert Hehr, Berlin-Schöneberg, Ebersstraße 34, III.

Der Mindestlohn im neuen Tarifvertrag.

Nachdem einmal auf beiden Seiten der ernste Wille vorhanden war, es zu einem tariflichen Gemeinschaftsverhältnis kommen zu lassen, bradte bei den Verhandlungen im Tarifausschuß des Steindruckgewerbes kaum eine Position solche Schwierigkeiten, als die über den Mindestlohn. Zwar die Begründung der Gehilfenforderungen war recht leicht. Es gibt eben keinen normalen Menschen, der ernsthaft die geradezu jämmerliche Lage der Gehilfenschaft im graphischen Gewerbe bezweifeln könnte. Man muß sich nur den Sturz klar machen, den wir durchgemacht haben. An die gelistete und kunstgewerbliche Vorbildung unserer Kollegen werden die denkbar höchsten Ansprüche gestellt. Vor dem Kriege gehörten unsere Kollegen zum Teil zu den besser entlohnten Arbeitern. Sicher standen wir in bezug auf die Arbeitszeit im allgemeinen mit an erster Stelle.
Dieses Verhältnis hat sich durch den Krieg gründlich verschoben. In großen Abständen sind uns heute im Lohn gelernte und ungelernte Arbeiter voraus. Unsere Lebenshaltung ist gegen die vieler Hilfsarbeiter, ja selbst Frauen aus der Holz-, Metall- oder einer anderen großen Industrie, ärmlich, gegenüber vielen städtischen und staatlichen Arbeitern sind wir aufs ärgste zurückgesetzt. Zu einer Zeit, wo die Rationierung der Nahrungsmittel nur noch in ruinenhafter Form besteht, wo rationierte Lebensmittel im öffentlichen Schleichhandel vor aller Welt vertrieben werden, da gibt es für Preise und demgemäß auch für die Berechtigung einer Lohnforderung keine Grenzen. Ein Paar wirkliche Lederstiefel z. B. kosten 150 Mk.

Der Steindrucker, der also die seit Jahren abgerissenen Stiefel seiner vierköpfigen Familie ersetzen wollte, gebrauchte dazu 600 Mk. rund 1 1/2 Monate Arbeitsverdienst. Bis er das Geld für die letzten verdient, sind die ersten schon zerrissen. Es ist nutzlos und grausam zugleich, hier weiter malen zu wollen.
Das alles wurde bei den Tarifverhandlungen von den Unternehmern rund heraus zugestanden. Ihre Gegenargumente richteten sich auf etwas anderes. Sie bestritten die Leistungsfähigkeit des Gewerbes, schilderten die Rohstoffnot, den Mangel an Aufträgen, die Belastung durch die Einstellungspflicht gegenüber den Heeresentlassenen, die Unterbindung des Exports und ähnliches mehr. Ein Ausgleich durch höhere Preise sei nur im beschränkten Maße möglich, scheidere über einen gewissen Punkt hinaus an der Tatsache, daß kunstgewerbliche Produkte nicht unter allen Umständen gekauft werden müssen.
Zwischen diesen beiden Polen galt es, einen gerechten Ausgleich zu finden. Beide müssen Berücksichtigung finden, wenn wir die erreichten Sätze über den Mindestlohn richtig bewerten wollen. Doch ehe wir darauf näher eingehen, wollen wir noch einen Einwand beleuchten, der von Gehilfen jetzt häufiger zu hören ist. Sie folgern: wenn das Gewerbe so wenig tragfähig ist, dann haben wir keine Ursache, es aufrecht zu erhalten, dann müssen die Kollegen eben in andere Berufe gehen, die lebensfähiger sind. Auch dieser Standpunkt hat seine logische Berechtigung. Leider spricht er sich leichter aus, als er sich durchführen läßt. Von einem bestimmten Alter ab hört nämlich die Umlernmöglichkeit sowohl beim Gehilfen als auch beim Unternehmer auf. Diese älteren Berufsangehörigen, als auch die zahllosen, durch körperliche Gebrechen und Fehler aller Art an den einmal gewählten Beruf gefesselt, sowie eine große Anzahl weniger willensstarker Personen, sie alle säteln nicht um. Sie hungern lieber und schränken sich aufs tollste ein, als daß sie vom Gewerbe abgehen. Wie viele Lithographen und auch Steindrucker waren in der Zeit der Krise vor dem Kriege Wochen und Monate arbeitslos, hofften und warteten, bis sie endlich wieder Unterkommen gefunden hatten. Und dann, der Tarif soll uns ja gerade das Mittel sein, das Gewerbe wieder in die Höhe zu bringen. Mit ihm kann und muß es uns gelingen, die

Gehilfenschaft des Steindruckgewerbes durch diese schwere Zeit hindurch und sie möglichst in die vorderste Reihe der deutschen Industriearbeiter zu bringen.
Sehen wir uns nun die in dem Tarifvertrag festgesetzten Mindestlohnstufen näher an. Es heißt dort:

Der Mindestlohn beträgt:
im 1. Jahr nach Vollendung d. 4jähr. Lehrzeit M. 43,—
" 2. " " " " " " " " " " " " " " 45,—
sodann bis zur Vollendung d. 21. Lebensjahres " 50,—
vom vollend. 21. Lebensj. bis z. 24. Lebensj. " 55,—
über 24 Jahre " " " " " " " " " " " " " " 60,—

Auf diese Grundlöhne werden folgende Zuschläge gezahlt:
In Städten von über 25000 bis 100000 Einw. 7 1/2 %
" " " " " " " " " " " " " " 15 "
" " " " " " " " " " " " " " 20 "
" " " " " " " " " " " " " " 25 "

Für die Dauer dieses Tarifes hat München 25 Proz. Ortszuschlag zu zahlen.
Außerdem wird für die Zeit der Teuerung auf die Grundlöhne dieses Tarifes ein Zuschlag von 25 Proz. gezahlt.

Bei nicht voll leistungsfähigen Gehilfen kann auf begründeten Antrag durch die Kreisvertreter ein befristeter geringerer Mindestlohn festgesetzt werden.

(Anlage zum Tarif: Alle Gehilfen über 24 Jahre erhalten durch diesen Tarifabschluß eine Erhöhung ihres Gesamtwochenverdienstes von mindestens M. 10,—. Zulagen, die nach dem 15. April 1919 gegeben worden sind, können bis zu M. 5,— auf diese Erhöhung in Anrechnung gebracht werden.)

In zäher und mühevoller Arbeit haben die Gehilfenvertreter unseren Grundlohn in vollem Umfang durchgesetzt und außerdem zwei höhere Staffeln eingefügt und zwar die zwischen dem 21. bis 24. und die über dem 24. Lebensjahre. Zu diesem allgemeinen Grundlohn wird in Deutschland ein Teuerungszuschlag von 25 Proz. ab 1. Juni gezahlt. Der Antrag der Gehilfen, in Deutschland allgemein gleiche Lohnverhältnisse einzuführen, konnte nicht mit einem Mal verwirklicht werden und deshalb sind Ortszuschläge je nach der Größe der Einwohnerzahl der Städte geschaffen worden.

Die nachstehende Tabelle gibt genauen Aufschluß über das geringste Wocheneinkommen, das jeder Gehilfe nach diesen Lohnklassen erhalten muß.

Grundlohn:	Mit allgemeinem 25% Teuerungszuschl.:	Ortszuschläge:			
		7 1/2 Proz.	15 Proz.	20 Proz.	25 Proz.
1. Jahr 40,— Mk.	50,— Mk.	53,— Mk.	56,— Mk.	58,— Mk.	60,— Mk.
2. Jahr 45,— "	56,25 "	59,62 "	63,— "	65,25 "	67,50 "
21 Jahre 50,— "	62,50 "	66,25 "	69,75 "	72,50 "	75,— "
21-24 Jahre 55,— "	68,75 "	72,87 "	77,— "	79,75 "	82,50 "
über 24 Jahre 60,— "	75,— "	79,50 "	84,— "	87,— "	90,— "

In dem Augenblick, wenn am 15. Juni der Tarifvertrag unterschrieben ist und der allgemeine Lohnausgleich nach dem Tarifvertrage (siehe die Tabelle) stattfindet, muß jeder Gehilfe in Deutschland mindestens eine Zulage von 10 Mk. pro Woche erhalten. Nur in solchen Fällen, wo nach dem 15. April 1919 Zulagen bewilligt worden sind, können diese im Betrage bis zu 5 Mk. auf die allgemeine Erhöhung von 10 Mk. in Anrechnung gebracht werden.

Es erhält also nach der Annahme dieses Tarifvertrages durch beide Parteien jeder Kollege eine Zulage. Niemand kann unter 10 Mk. Zulage erhalten, mit Ausnahme derjenigen, die erst nach dem 15. April d. Js. bereits Zulage erhalten haben. Hier ist dem Unternehmer das Recht gegeben worden, diese Zulage bis zu 5 Mk. bei der neuen Zulage in Anrechnung zu bringen.
So wird also auch all denen eine Auf-

besserung durch den Tarifabschluß zuteil werden, die bereits über die hier festgelegten Sätze Löhne erreicht haben. Andererseits werden aber die Kollegen in vielen Firmen und Orten, wo die Löhne noch sehr zu wünschen übrig ließen, weit über 10 Mk. Zulage sofort, d. h. vom 1. Juni ab, zu erhalten haben.

Ohne Zweifel werden insbesondere unsere Kollegen in den Großstädten, wie Berlin, Hamburg, München diese Sätze enttäuscht betrachten. Das ist noch immer das Schicksal der Orte gewesen, die durch eigene Tatkraft sich selbst leidliche Lohnverhältnisse geschaffen haben. Es wird ihnen aber auch bei ihren Kämpfen um die Verbesserung ihrer Lebenshaltung von den Unternehmern wieder und wieder vor Augen geführt worden sein, wie die rückständigen Arbeitsbedingungen anderer, insbesondere kleinerer Städte die Konkurrenzfähigkeit der großstädtischen Betriebe beeinflusst. Wenn es aber nun durch diesen Abschluß gelungen ist, für eine große Anzahl Kollegen in jenen Orten Zulagen bis 30 Mark aufwärts heraus zu holen, dann ist damit zugunsten der Großstädte die Preis-schleuderei der Betriebe aus bisher rückständigen Orten wirkungsvoll unterbunden. Der Abwanderung der Aufträge ist Einhalt geboten. Noch ist das Ziel: gleichmäßige Arbeitsbedingungen für ganz Deutschland zu schaffen, nicht erreicht worden, aber die erste Grundlage für eine Gesundung des Steindruckgewerbes ist wohl geschaffen, auf der sich erfolgversprechend weiter bauen läßt.

Rundschau.

Arbeitslosigkeit im Verband der Lithographen im April 1919. Von 13286 Mitgliedern waren im Monat April d. Js. 2092 als arbeitslos gemeldet, das sind 15,8 v. H. Vom Januar dieses Jahres fiel die Zahl allmählich von 20,6 im Februar auf 20,0, März 16,3, und April 15,8 v. H. Im August 1914 lauteten die Zahlen 54,8 und im April 1918 dagegen 0,7.

Arbeitslosigkeit in den graphischen Verbänden im April 1919. Obenan stehen die Notensetzergehilfen mit 22,1 v. H., dann folgen Lithographen, Steindruck u. verw. Berufe mit 15,8 v. H., Buchbinder mit 5,8 v. H., Buchdrucker mit 4,6 v. H., Hilfsarbeiter mit 2,0 v. H.

Arbeitszeit und Teuerungszulagen. Eine Bewegung zur weiteren Erhöhung der Teuerungszulagen im Buchbindereigewerbe ist vom Vorstand des deutschen Buchbinderverbandes auf das Drängen der Mitglieder dieses Verbandes eingeleitet worden. Verlangt wurde die Erhöhung der Teuerungszulagen um 20 Mk. pro Woche für Gehilfen und um 15 Mk. für Arbeiterinnen. Am 27. Mai fand zur Regelung dieser Sache im Leipziger Buchgewerbehaus eine gemeinsame Sitzung der beiderseitigen Verbände statt. Die Verhandlungen begannen mit einer scharfen Auseinandersetzung, da die Buchbindereibesitzer erst dann in eine Verhandlung über die Erhöhung der Teuerungszulagen eintreten wollten, wenn von den Vertretern der Arbeiterschaft eine prinzipielle Erklärung über die Beibehaltung der Akkordarbeit und die Zustimmung zur Verlängerung der jetzt im Buchbindereigewerbe vertraglich festgelegten 46-stündigen Arbeitszeit auf 48 Stunden pro Woche gegeben werde. Diese Vorstöße der Unternehmer wurden abgewehrt und entsprechend den Abmachungen einer vorbereiteten Sitzung vom 11. Mai nur über die Erhöhung der Teuerungszulagen verhandelt. Ein spezieller Fall von Akkordverweigerung der Arbeiter eines Stuttgarter Betriebes soll zunächst durch das örtliche Tarifschiedsgericht entschieden werden. Obwohl die Unternehmer auf dem Standpunkt zu stehen angeben, daß die Buchbinder nicht schlechter gestellt sein sollen als die Buchdrucker, zeigten sie sich dem Verlangen, die jetzt im Buchdruckgewerbe festgesetzte Erhöhung der Teuerungszulagen auf das Buchbindereipersonal zu übertragen, nicht zugänglich. Ihr äußerstes Angebot ging auf eine Erhöhung der Teuerungszulagen für Arbeiter um 10 Mk. und auf eine Erhöhung aller Akkordgrundpositionen um 25 Proz. Zeitlohnarbeiterinnen sollten keine Besserstellung erfahren. Außerdem sollten alle seit der letzten allgemeinen Teuerungszulage gegebenen Sonderzuwendungen in Anrechnung kommen und die 48-stündige Arbeitszeit wieder eingeführt werden. Diese Zusagen der Unternehmer aber sollten erst ab 1. Juli Rechtskraft erhalten. Daß dieses Angebot nicht befriedigen konnte, ist verständlich, zumal ein Inkrafttreten der Forderungen der Arbeiterschaft ab 5 Mai verlangt worden war. Die großen Differenzen in Forderung und Angebot konnten von der gemeinsamen Sitzung nicht überbrückt werden, so daß die Verhandlungen resultatlos abgebrochen wurden. Nunmehr soll das Reichsarbeitsministerium einen

Schiedsspruch fällen. Das Schiedsgericht tritt voraussichtlich am 4. Juni in Berlin zusammen.

Gegen die Sozialisierung wendet sich der Geheime Kommerzienrat F. Deutsch (von der A. E. G.) in breiten Ausführungen, die er an die Handelskammer in Berlin gerichtet hat und die die Elektrotechnische Zeitschrift (1919 Nr 19) im Auszuge wiedergibt. Deutsch sagte, der Unternehmensgewinn sei gar nicht so groß; im Durchschnitt betrage er nur 6 Proz. Das Zeißwerk in Jena z. B., das eine juristische Person sei ohne privat-kapitalistische Interessen, könne den Beamten und Arbeitern jährlich nur 150 bis 200 vom Gewinn nachzahlen. Die Zusammenstellung des Bergbauvereins in Essen ergebe ferner eine Ausbeute von 106 Millionen bei 439000 Beamten und Arbeitern. Das bedeutet für jeden Arbeiter 240 Mk. Herr Deutsch vergißt einmal, daß selbst 6 Proz. Zinsen für Nichtstun eine recht gute Vergütung darstellt. Ferner vergißt er, daß die Hauptaktionäre ihr fettes Pöstchen im Aufsichtsrat haben und daß auch die Direktoren mit ihren nicht geringen Gehältern oft als Aktionäre beteiligt sind. Bei der Erwähnung des Zeißwerkes hat Herr Deutsch vergessen, daß große Summen des Gewinnes sozialen Einrichtungen, dem Volkshaus, der Universität usw. zufließen und nur der Rest unter die Beamten und Arbeiter verteilt wird. Schließlich vergißt Herr Deutsch auch, daß der Bergbauliche Verein wohl 439000 Arbeiter und Beamte zählt, daß die Zahl der Aktieninhaber aber weit geringer ist und daß ihr Anteil darum weit höher ist als 240 Mk. Nicht vergessen hat Herr Deutsch, anzugeben, daß seine Zahlen für 1917 und Juni 1918 gelten und daß das Verhältnis jetzt nach den Lohnsteigerungen noch ungünstiger sei. Vergessen hat Herr Deutsch dabei aber, daß diese Angabe die Unrichtigkeit seiner obigen Darlegungen ohne weiteres beweist, denn der Jahreslohn des Bergarbeiters ist doch um mehr als 240 Mk. gegen 1917 erhöht worden, sodaß die Herren Aktionäre, auf die (pro Kopf) ja nach der Mitteilung des Herrn Deutsch auch nicht viel mehr entfällt, nun in höherem Maße zusetzen müssen, damit die Betriebe aufrecht erhalten werden können. Wir möchten darum den Herren raten, doch im eigenen Interesse mit aller Kraft für die Sozialisierung einzutreten, damit sie durch die Sozialisierung all ihrer Sorgen und Opfer entoben sind.

Das Volk und seine Heilmittel. Die Deutsche Apothekerzeitung (1919, Nr. 23) läuft Sturm gegen die befürchtete Sozialisierung der Apotheken und bittet alle einflußreichen Fachgenossen, doch ja gegen die Vergesellschaftung der Apotheken und für die Erhaltung des privatwirtschaftlichen Betriebsrechtes einzutreten. Auch im Lande wird von den Apothekenbesitzern mobil gemacht. In Charlottenburg erklärte in einer Versammlung gegen die Sozialisierung der Apotheken namens der Apothekenbesitzer Dr. Salzmann, die private Apotheke sei allein im Interesse der Allgemeinheit. Die Arzneiversorgung sei in Deutschland so gut und billig, wie sie nur in irgend einem Lande sein könne. Eine Vergesellschaftung würde die Arzneien nur verteuern und verschlechtern. In Wirklichkeit aber ist das Gegenteil der Fall. Warum wurde die Arzneitaxe immer wieder erhöht? Damit die Herren Apothekenbesitzer ohne Beschwerden die Zinssumme für die künstlich in die Höhe gedraubten Apothekpreise zahlen konnten. Dadurch wurden die Arzneien so hoch im Preise, so daß die Krankenkassen schon vor Jahren 25 bis 30 Millionen jährlich an Arzneien zu zahlen hatten, Beträge, die also in Wirklichkeit der Proletariat dem Wucher in den Rücken warf. Es ist darum die höchste Zeit, daß diese ungesunden Zustände durch die Sozialisierung im Interesse des schaffenden Volkes geändert werden.

Aus dem Auslande.

Die englische Großeinkaufsgesellschaft erzielte im letzten Geschäftsjahr einen Umsatz von 1329426384 Mk. oder 147908956 Mk. mehr als im Vorjahre. Davon entfielen auf die Eigenproduktion 358967213 Mk. oder reichlich 20 Millionen Mark weniger als im Vorjahre. Nach Vornahme der Abschreibungen ergab sich ein Verlust von 2820443 Mk., der darauf zurückzuführen ist, daß die Geschäftsleitung eine ganze Anzahl Waren unter Marktpreis abgab, um den Konsumvereinsmitgliedern die Existenz zu erleichtern. Bei den gewaltigen Rücklagen, die die Gesellschaft im Laufe der Jahre zu machen in der Lage war, konnte sie sich diese Abweichung von den allgemeinen kaufmännischen und genossenschaftlichen Regeln ohne Gefährdung ihrer Grundlagen leicht gestatten.

Aus dem Buchbinderverbande.

Ein ernstes Mahnwort richtete der Vorsitzende des deutschen Buchbinderverbandes an alle Verbandsmitglieder, indem er sich gegen die politische Unduldsamkeit wendet, die selbst vor Maßregelungen nicht zurückschreckt. Was er an Tatsachen dabei anführt, ist allerdings so, daß es der Gehilfenschaft nicht zur Ehre gereicht. Wir möchten daher an diesen Vorgängen in unserem verwandten Gewerbe nicht adios vorübergehen. Doch lassen wir, soweit es sich um die Tatsachen handelt, den Artikel selbst folgen:

»In Leipzig wird einer unserer fähigsten, für die Ausarbeitung des kommenden Reichstarifes

notwendigen Verbandsangestellten, der Kollege Wienicke, gemäßigelt, nur, weil er nicht der unabhängigen Partei angehörte. Was gegen seine gewerkschaftliche Tätigkeit vorgebracht wurde, war für die Katz' und an den Haaren herbeigezogen. Einer der Hauptredner gegen Wienicke in der betreffenden Abschlußtagungsversammlung, in der übrigens der Vertreter des Verbandsvorstandes und Verbandsvorsitzende mit Pfeifen und Jöhlen empfangen und fortgesetzt unterbrochen wurde, war ein Kollege, der glücklich 7 Beiträge geklebt hatte. Der Mann war also sachverständig und voll des edsten proletarischen Empfindens.

Noch schlimmer in der »Metropole der Intelligenz«, in Berlin. In der Kartonagenbranche entsetzt man Knall und Fall einen Angestellten, seines Postens als Obmann, um an seiner Stelle einen Kollegen zu wählen, der sage und schreibe einen Verbandsbeitrag geleistet hatte. Wünsche tauchen auf, dieses dauerhafte Mitglied sofort zum besoldeten Stadtrat zu machen, da eine Lohnbewegung vor der Tür steht. Unter dieser glorieichen Führung kommt es trotz der Mahnungen des Verbandsvorstandes zum Streik, ohne vorher auch nur die Schlichtungskörperschaften anzurufen, obgleich nur ein Drittel der Streikenden über 26 Wochen, ein Drittel unter 26 Wochen Mitglieder des Verbandes waren und das letzte Drittel sogar erst nach Beginn des letzten Streiks in den Verband eintrat. Über 50000 Mk. Verbands-gelder werden so für einen wahrscheinlich überflüssigen Streik verpulvert. — Ein anderes Bild: Entgegen dem Verbandsstatut wählt man einen neuen Bevollmächtigten der Zahlstelle, und zwar den arbeitslosen Kollegen Kaspar. Kaum ist dieser gewählt, da stellt man auch schon den Antrag, ihn auf Aushilfe neben den bisherigen, auch besoldeten Bevollmächtigten anzustellen. Man schimpft zwar auf die Gewerkschaftsangestellten, oder, wie ja der schöne Ausdruck lautet, auf die Gewerkschaftsbonzen als angeblich rückständige und infolge ihrer »gehobenen Lebensstellung« jedes proletarischen Empfindens bare Leute, aber im gegebenen Fall tritt man, wie der Augenschein lehrt, recht gern in ihre Reihen ein.

Wir wollen es mit diesen paar Beispielen, die sich leicht vermehren ließen, bewenden lassen. Zu jedem Beruf gehört Übung, die nur durch langjährige Beschäftigung erworben werden kann. Das gilt insbesondere für den vielseitigen Beruf der Gewerkschaftsangestellten. Und die Verbandsmitglieder werden ihr blaues Wunder erleben, wenn, wie es beabsichtigt ist, die eingearbeiteten Angestellten entlassen und durch neue Kräfte ersetzt sind, die ihren Befähigungsnachweis erst zu erbringen haben.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Bilder aus den Tarifverhandlungen.

4. Verhandlungstag.

Eine lebhaft, aber auch interessante Debatte setzte sofort über die Akkord-, Haus- und Prämiendarbeit ein. Mit auffallender Liebe nahmen sich hier die Unternehmer der Gehilfen an; d. h. der sogenannten fleißigen, die geredeterweise nicht um ihren höheren Verdienst gebracht werden dürften. Die Gehilfen lehnten mit Recht diese merkwürdige Gerechtigkeit dankend ab. In unserem Kunstgewerbe sei Akkordarbeit nur verschleierte Willkür. Sie wälze das Risiko auf die Gehilfen ab und ermögliche unrealen, schmutzkonkurrenztreibenden Unternehmern, Aufträge fast um jeden Preis zu übernehmen. Eine Preisfestsetzung, die jede Willkür ausschließt, sei in der Lithographie z. B. ganzlich unmöglich. Darum dürften wir keinen Tarif abschließen, der so schwankende Auslegung zuläßt. Interessant war, daß die verschiedenen Unternehmer, je nach der von ihnen vertretenen Produktion, bald die Akkordarbeit für die Lithographie, dann wieder für den Steindruck und dann wieder die Prämiendarbeit als für das Gewerbe nicht geeignet gelten lassen wollten.

Mit ähnlicher interessierter Lebhaftigkeit erfolgte die Aussprache über die Privatlithographie, deren elende Auswüchse vom Gehilfensprecher geschildert und von den Unternehmern als unbedingt verwerflich und abstellungswürdig bezeichnet wurden. Man solle den ehrbaren Elementen doch aber die Existenz nicht unterbinden.

Nach Durchsprechung einiger Punkte, die kaum nennenswerte Gegensätze aufwiesen, begann die große Debatte über die Mitwirkung der Arbeitervertreter im Betriebe. Unsere Forderungen, so meinte der Gehilfenvertreter, seien in bezug auf die Betriebsräte ein Programm. Es gäbe keinen anderen Weg, als den Gedanken, der in der Arbeiterschaft heute so Boden gefaßt habe, zur Anerkennung zu bringen. Gerade im Interesse unseres gemeinsamen Bestrebens, Ruhe und Ordnung im Gewerbe herzustellen, ergebe sich die Notwendigkeit, den Betriebsräten Einfluß und vor allem Einblick in die geschäftlichen Schwierigkeiten zu geben. Die Unternehmer erklärten demgegenüber, sie

selen durch ihre Generalversammlung gebunden. Dort habe man gewünscht, die Regelung bis zur gesetzlichen Durchführung zurückzustellen und nicht in unserem kleinen Beruf mit so tiefgreifenden Änderungen vorzugehen.

Auch über die folgenden Punkte der vorliegenden Vorlage ergaben sich erstliche Auffassungsverschiedenheiten nicht, damit beendete sich die erste Lesung der gesamten Tarifvorlage. Bei der nun beginnenden zweiten Lesung konnten alle die Bestimmungen leicht erledigt werden, über die in der ersten Verhandlung keine Gegensätze zutage traten oder über die durch Kommissionsberatungen eine Einigung erzielt worden ist. Aus besonderen Verhandlungen der Unternehmer über die Arbeitszeit wird von ihrem Sprecher berichtet, daß sie sich bei Überlegung aller beiderseitigen Anregungen nicht dazu haben entschließen können, in der Arbeitszeit ein Zugeständnis zu machen. Es handle sich hierbei um eine Existenzfrage, nicht um eine prinzipielle Frage. Wohl aber seien sie bereit, in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit an den Tagen vor den großen Festen entgegenzukommen. Noch einmal tragen beide Parteien ihre Auffassungen und Gründe vor, dasselbe geschieht darauf mit der Frage des Mindestlohnes, wobei von beiden Seiten Vermittlungsvorschläge vertreten werden.

5. Verhandlungstag.

Es wird zunächst die Berichterstattung über die Ergebnisse der Kommissionsverhandlungen entgegengenommen, zunächst über die Ferienbestimmungen, über die eine Verständigung erzielt werden konnte. Gleichzeitig konnte die Kommission, die über Lehrlingsbestimmungen zu beraten hatte, über einmütig angenommene Vorschläge berichten. Das gleiche gilt für die Bezahlung der Feiertage, während über die Allgemeinen Bestimmungen, insbesondere über Akkord-, Haus- und Prämienarbeit, eine Einigung bis dahin nicht erreicht werden konnte. Dann aber trat die Versammlung mit gespanntester Erwartung in die erneute Beratung der aus der Kommission gemachten Vorschläge über die Lohnfrage. Es geht daraus hervor, daß jene Kommissionsberatung außerordentlich langwierige und erregte Debatten ergeben hat. Ein erneuter Vorschlag der Unternehmer löst das Bedürfnis aus, bei den Gehilfen eine gesonderte Aussprache vorzunehmen. Diese hin- und hergehenden Aussprachen, Kommissionsberatungen zogen sich von 10 Uhr morgens bis 7 Uhr abends hin. Erst dann begann im Plenum abermals die Beratung der bisher noch nicht endgültig beschlossenen Tarifpositionen. Jetzt endlich wurden die Vereinbarungen über den Lohn, über die Arbeitszeit, über Akkord-, Haus- und Prämienarbeit nach unwesentlichen Diskussionen angenommen. Damit neigten sich die Verhandlungen ihrem Ende zu. Für die Orientierung über das sachliche Ergebnis der Tarifverhandlungen verweisen wir auf den Leitartikel in dieser Nummer und auf das vom Tarifamt hoffentlich recht bald zur Veröffentlichung fertigzustellende Beschlußprotokoll. Nach Abgabe verschiedener Erklärungen und des Gelöbnisses von beiden Seiten, mit allen Kräften für die Einhaltung dieses Tarifvertrages wirken zu wollen, schloß der Vorsitzende abends um 9 Uhr die Verhandlungen.

Ortsberichte.

Dresden, Lithographen und Steindrucker-Kollege Pritschow eröffnet die Versammlung vom 27. Mai, um zu den Lohnverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß Stellung zu nehmen. Kollege Koch erstattete an Stelle des durch die Tarifverhandlungen in Berlin abgehaltenen Kollegen Leinen den Bericht. Die Zulagen bewegen sich zwischen 30 und 15 Proz., sodaß folgendes Bild herauskommt:

Löhne bei 64 Mk.	=	15 Mk. Zulage
über 64 "	66 "	= 14 "
" 66 "	69 "	= 13 "
" 69 "	70 "	= 12 "
" 70 "	74 "	= 11,50 "
" 74 "		= 10,50 "

Es sind beteiligt:

144 Gehilfen mit 15 Mark Zulage
79 " " 14 " "
78 " " 13 " "
34 " " 12 " "
61 " " 11,50 " "
54 " " 10,50 " "

Einige nachteilige Bedingungen der Unternehmer wurden vor dem Schlichtungsausschuß beseitigt bzw. gemildert. So fällt vor allen Dingen die Bedingung, daß die unverheirateten Gehilfen eine um 3 Mk. geringere Zulage erhalten sollten. Durch Schiedspruch erhalten die Abmadungen rückwirkende Kraft ab 12. Mai d. Js. Für die in obigen Zahlen nicht einbegriffenen Gehilfen im ersten Gehilfenjahr gelten Löhne von 45 Mk. im ersten und 55 Mk. im zweiten Halbjahr.

In der Aussprache kam die Enttäuschung über das unbefriedigende Ergebnis zum Ausdruck. Die Abstimmung ergab die Annahme der Abmadungen gegen 8 Stimmen.

Es folgte eine Aussprache über verschiedene Verbandsangelegenheiten. In zwei Fällen wurde Klage darüber geführt, daß bei Arbeitsvermittlung durch das Verbandsbüro Lohnverschlechterungen eingetreten seien. Eine lebhaftige Aussprache setzte bei

der Frage der Unorganisierten ein. Diese nehmen wohl die Früchte der Organisation in Anspruch, wollen aber die finanziellen Opfer nicht mit tragen helfen. Die Versammlung einigte sich dahin, daß alle Unorganisierten eine Zuschrift der Verbandsleitung erhalten sollen, worauf sich dann im Einzelfall die Gesamtsammlungen mit dieser Frage befassen werden. Als die Frage des Übertritts der sogenannten Gelben aufgeworfen wurde, erklärte Kollege Pritschow, daß man gegen den Eintritt dieser Kollegen in unsern Verband nichts einwenden könne, daß jedoch von einer Anrechnung der in gelben Gewerkschaften erworbenen Rechte, die sich als Kampfeinrichtungen gegen die freie Arbeiterbewegung erwiesen hätten, keine Rede sein könne. Mit dieser Erklärung erledigte sich die Aussprache über diesen Gegenstand. Als dann erfolgte eine rege Aussprache über eine rückständige Bestimmung des kürzlich am Ort abgeschlossenen Hilfsarbeitertarifs, die eine Verlängerung der kürzeren Arbeitswoche auf die 48stündige Arbeitswoche zuläßt. Es wurde eine Resolution des Kollegen Kirchner einstimmig angenommen, die diesen Rückschritt entschieden verurteilt und die dem Graphischen Kartell Dresden als Protestkundgebung zugestellt werden soll. Kollege Pritschow erklärte, daß unsere Organisation sich jedem Verschlechterungsversuch, der auf Grund des Abkommens mit den Hilfsarbeitern von den Unternehmern gemacht werden sollte, auf das Energischste widersetzen werde. Weiterhin beschloß die Versammlung einstimmig, in einer späteren Versammlung auch einen Korreferenten zur Rätefrage sprechen zu lassen. In Zukunft sollen die Versammlungen um 6 Uhr beginnen. Kollege Kirchner forderte die Kollegen auf, weiterhin regen Anteil am Ausbau ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen zu nehmen und immer wieder vorwärts zu drängen auf dieser Bahn. Aus der Versammlung wurde noch die Anregung gegeben, im Hinblick auf die Überbürdung des Kollegen Leinen einen zweiten Beamten anzustellen, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.



Ortsberichte.

Magdeburg. Eine Branchenversammlung der Chemigraphen beschäftigte sich in sachlicher eingehender Aussprache mit den eigenartig entwickelten Verhältnissen in unserem Beruf. Ganz allgemein kam zum Ausdruck, daß, während wir uns vor dem Krieg durch den Tarif erträgliche Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen hätten, jetzt das Gegenteil eingetreten sei. Es wird nicht verkannt, daß wir keiner Industrie angehören, in der Kriegsgewinne erzielt wurden. Trotzdem könne es von den Gehilfen nicht verstanden werden, wenn eine große Zahl ungelernter Arbeiter uns jetzt in den Lebensbedingungen bedeutend überflügelt habe. Früher hörte man sehr häufig, daß unsere Arbeitgeber doch etwas mehr soziales Verständnis für die Lage der Arbeiter hätten, als dies allgemein üblich sei, durch die jetzigen Verhältnisse sei aber erwiesen, daß diese Einsicht nur Platz greife, wenn sie dazu gezwungen würden. Wir können logischerweise kein Interesse daran haben, daß unser Gewerbe vernichtet wird, wenn uns aber in einer Zeit der unerhörtesten Teuerung von dem wirtschaftlich stärkeren Teil nicht so entgegengekommen werden kann, daß uns die Luft nicht ausgeht und uns die Kraft bleibt, um in normale Verhältnisse hinübergerettet werden zu können, so muß naturgemäß das Interesse schwinden, eine Sache zu stützen, die uns nichts nützt. Es bleibt dann kein anderer Weg übrig, als sich dann beizuteilen nach anderer Erwerbsmöglichkeit umzusehen. Besonders schwierig ist die Lage der hiesigen Kollegen. Der größte Teil ist erst aus dem Felde zurückgekehrt, während der Rest aus anderen Industriezweigen zu uns gestoßen ist. Am 1. April öffnete die Fa. Böhme & Comp. Ihre Pforten. Sie ist die einzige Firma am Orte. Keiner der Kollegen ist also mit unseren Berufsverhältnissen vertraut und die Berichte aus anderen Orten, die uns zur Verfügung stehen, verraten sehr wenig Einheitlichkeit, so daß uns als Richtschnur nur das eigene Empfinden dienen kann. Wenn unter solchen Umständen Fehler gemacht werden zu unserem eigenen Schaden, so liegt das an den gerissenen Fäden, die unbedingt wieder geknüpft werden müssen. Zu diesem Zwecke erwarten die Kollegen, daß in allernächster Zeit eine allgemeine Chemigraphenkonferenz stattfindet, welche außerdem eine einheitliche Basis zu schaffen hätte für die Lohnfrage, es wären ferner geeignete Vorschläge zur Tarifrevision zu machen und zu einem rechtlichen Aufbau des Tarifes nach den Bestimmungen des Tarifgesetzes zu kommen.



Der Abschluß der Lohnbewegung im Formstechergewerbe.

Infolge der immer schwierigeren wirtschaftlichen Verhältnisse hatte sich unter den Formstechern

Deutschlands, soweit sie bis heute im Berufe wieder tätig sind, das Bedürfnis geltend gemacht, ihre überaus niedrigen Löhne durch eine Lohnbewegung aufzubessern. Der Hauptvorstand sowie unsere Zentralkommission sahen es daher für ihre vornehmste Pflicht an, diese Bestrebungen unserer Kollegen auf das eifrigste zu fördern. Zu diesem Zweck wurde der Kollege Brinkmann durch die Zentralkommission beauftragt, möglichst alle in Betracht kommenden Orte zu bereisen, um sich an Ort und Stelle über die bestehenden Verhältnisse zu orientieren, aber auch um den Kollegen in ihren Bestrebungen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Schwanken doch die Löhne, die in dem einzelnen Orten gezahlt wurden, zwischen 0,65 Mk. und 1,40 Mk. pro Stunde. Wenn wir nun in Betracht ziehen, daß in sehr vielen anderen Berufen Stundenlöhne von 2,50—3 Mk. und darüber gezahlt werden, ja daß in sehr vielen Orten der Lohn für weibliches Personal und ungelernete Arbeiter 2 Mk. und darüber beträgt, so wird der Wunsch verständlich, eine derartige Spannung zu beseitigen. Was ist wohl umso berechtigter, als ohne weiteres anzunehmen ist, daß auf einen Abbau der überaus teuren wirtschaftlichen Verhältnisse auf lange Zeit hinaus leider noch nicht zu hoffen ist. Nichts wäre für unseren Beruf gefährlicher, als wenn sich die Kollegen mit der den Formstechern nur allzu bekannten »verdammten Bedürfnislosigkeit« über die bestehenden Verhältnisse hinwegzuhelfen suchten; denn dadurch würden mit Hilfe der Gehilfen in unserer Branche Verhältnisse großzügiger, die, wenn sie noch weiter um sich greifen, den Beruf ins Verderben führen müßten. Jeder Kollege muß bestrebt sein, mit möglichst klarem Blick die gegenwärtigen Verhältnisse zu erfassen. Wenn wir dies tun, werden wir zu dem Resultat kommen, daß alle sogenannten wilden Streiks abzulehnen sind und daß jeder die Pflicht hat, da, wo sich Arbeit bietet, diese mit der größten Freudigkeit auszuführen. Eine Selbstverständlichkeit ist es dann aber auch, daß diese Arbeiten so entlohnt werden, daß die Existenz der Betroffenen auf alle Fälle gesichert ist. Da nun diese Voraussetzungen in unserem Berufe bis heute leider nicht gegeben waren, entstand unsere Lohnbewegung. Es waren die Kollegen in Hildesheim, Einbeck, Hannover und Dessau, die einmütig die Arbeiten einstellen und eine Aufbesserung ihres Lohnes auf 2 Mk. pro Stunde forderten. Am 6. Mai wandten wir uns mit einem Schreiben an den Vorstand der Unternehmerorganisation und baten, daß Verhandlungen eingeleitet werden möchten, damit, wenn möglich, die entstandenen Differenzen beseitigt würden. Dieser Vorschlag wurde von den Prinzipalen gewürdigt und so fanden denn bereits am 11. Mai in Hannover die Verhandlungen statt.

Von den Unternehmern nahmen folgende Herren daran teil: Woelke-Harburg, Hiedemann & Weyer-Köln, Bräuning-Eilenburg, Jentsch-Dessau, Lampe & Schreier-Hildesheim, Saalfeld-Einbeck.

Von den Gehilfen waren vertreten: Haß, Brinkmann, Schubart Berlin, Peter und Jäger-Hannover, Ewers-Einbeck und Ernst-Hildesheim. Die Verhandlungen dauerten von früh 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr. Es muß erwähnt werden, daß auf beiden Seiten das ernsthafteste Bestreben vorhanden war, die bestehenden Streitfragen zu beheben. Als Extrakt der in jeder Beziehung sachlich geführten Verhandlungen sind folgende bis zum 31. Oktober d. Js. geltende Vereinbarungen anzusehen:

Vereinbarung

zwischen dem Verband Deutscher Formstecher-Besitzer und dem Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe, Gruppe der Formstecher. Abgeschlossen in Hannover am 12. Mai 1919.

1. Lohn: Die Stundenlöhne betragen ab 12. Mai 1919 für Gehilfen im 1. Jahr nach der Auslehre 1,30 Mk. " " " 2. " " " " 1,40 " " " " " 3. " " " " 1,50 "

Für die übrigen Gehilfen wird der Lohn bei Neueinstellung nach freier Vereinbarung mit den Prinzipalen festgesetzt und hat sich zwischen 1,50 Mark und 1,80 Mk. pro Stunde zu bewegen. Die gegenwärtigen Lohnverhältnisse werden in folgender Weise geregelt: Stundenlöhne von 80—89 Pfg. werden auf 1,30 Mk., von 90—99 Pfg. auf 1,45 Mk., von 100—109 Pfg. auf 1,60 Mk., von 110 Pfg. und darüber auf 1,80 Mk. erhöht.

Wo die Stundenlöhne für vollwertige Arbeiter jetzt noch unter 1,20 Mk. betragen, werden diese zuvor auf 1,20 Mk. gebracht und dann auf 1,80 Mk. erhöht. Bezüglich bestehender höherer Löhne wird zugesagt, daß diese nicht verschlechtert werden dürfen.

Diese Lohnverhältnisse sollen bis zum 31. Oktober dieses Jahres Geltung haben. Bis zu diesem Zeitpunkt soll der Abschluß eines Tarifvertrages erreicht werden.

Es wird weiter vereinbart, daß dem Lehrprinzipal ausnahmsweise gestattet wird, in Übereinstimmung mit der Geschäftskommission für Minderbegabte im ersten Gehilfenjahre einen niedrigeren Lohn als 1,30 Mk. pro Stunde zu zahlen.

Die Arbeit wird in den bestreikten Betrieben sofort wieder aufgenommen.

2. Die Lehrlingsfrage ist wie folgt zu regeln: auf 1 bis 3 Gehilfen kann 1 Lehrling, bei 4 bis

8 Gehilfen zwei, bei 9 bis 12 Gehilfen drei, bei 13 bis 15 Gehilfen vier und über 15 Gehilfen können 5 Lehrlinge ausgebildet werden.

3. Die organisierten Formstecher im Verband der Lithographen erklären, daß sie nur in Anstalten Beschäftigung annehmen, deren Besitzer dem Verband Deutscher Formstecher-Besitzer angehören. Andererseits werden die Mitglieder der Prinzipals-Organisation nur Mitglieder des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe beschäftigen.

4. Zur Beseitigung der Heimarbeit wird folgender Antrag angenommen: Heimarbeit ist verboten. Insbesondere wird den Gehilfen ausdrücklich untersagt, sich bei anderen Firmen nach Heimarbeit anzubieten. Desgleichen verpflichten sich die Prinzipale, keinerlei Hausarbeit auszugeben; es ist auch jede Überarbeit zu vermeiden, solange es noch beschäftigungslose Gehilfen gibt.

5. Der Arbeitsnachweis bleibt paritätisch und in den Händen des Herrn Schubart.

6. Die Vertragskommissionen vertreten die Ansicht, daß weibliche Arbeitskräfte nicht beschäftigt werden sollen.

Für den Verband der Formstecher-Besitzer Emil Woelke.

Für den Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe Johannes Haß, Karl Schubart.

Kollegen! Wenn auch nicht der gewünschte Stundenlohn von 2 Mk. erreicht wurde, so muß dennoch gesagt werden, daß wir vor der Hand mit dem Resultat zufrieden sein können. Es waren in der Verhandlungskommission keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß, wenn bis zum Ablauf der Vereinbarungen, d. h. bis zum 31. Oktober, kein Abbau der bestehenden Teuerungsverhältnisse eingetreten sei, eine weitere Lohnaufbesserung zum Herbst ohne weiteres die Folge sein müßte. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind vornehmlich die Absätze 2, 3 und 4 anzusehen, doch werde ich diese Frage demnächst noch besonders in der Presse behandeln. Für heute soll nur noch soviel gesagt werden, daß es jetzt Pflicht aller Kollegen ist, dafür zu sorgen, daß obige Vereinbarungen überall zur Durchführung kommen müssen. Es darf in Deutschland keine Stecherei mehr geben, wo unter anderen als den obigen Vereinbarungen gearbeitet wird; ist dieses erreicht, aber auch nur dann ist die für alle Kollegen erstrebenswerte Grundlage geschaffen, auf der eine gesunde und gedeihliche Entwicklung unseres Berufes im Interesse aller sich ermöglichen läßt. C. Schubart.

Ergebnis der Verhandlungen in Berlin gewesen, von deren Abschluß man so viel erwartete. Die im stillen betriebene Sabotage der Herren Tapetenfabrikanten, die zurzeit still liegende Fabrikation der Linoleum-Industrie als auch die fehlende Auslandsarbeit sind die Ursachen, welche es mit sich brachten, daß um die wenigen Muster, die auf den Arbeitsmarkt geworfen wurden, ein Kampf entbrannte, der alles bisher Dagewesene im Punkte »Schmutzkonzurrenz« überbot. Die schon in Friedenszeiten auf Stunden berechnete Kalkulationswirtschaft hatte, gestützt auf die große Bescheidenheit und Gleichgültigkeit unserer Kollegen zur Folge, daß für jeden Preis die Arbeiten angenommen und leider dementsprechend die Löhne mit Erfolg gedrückt wurden. Die Differenz der Löhne schwankt bis zu 150 Proz. und so kam es, daß Groß-Berlin, wo in Friedenszeiten bis zu 80 Stecher Beschäftigung fanden, infolge der niedrigen Löhne in der Provinz, vom Arbeitsmarkt verschwand. Soweit mußte es erst kommen, bis die Zentralkommission sich veranlaßt fühlte, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln hiergegen Front zu machen. Es muß schon weit gekommen sein, wenn ein Unternehmer in Einbeck es vorzieht, den seinen Leuten vorenthaltenen Lohn in Bekanntenkreisen auf Befragen mit 20-30 Proz. Aufschlag zu servieren, um nicht den Eindruck zu erwecken, seine Leute werden nicht »standesgemäß« bezahlt. Doch Selbsterkenntnis ist der Weg zur Besserung. In Radebeul stieg die Bescheidenheit der Kollegen aufs äußerste, indem man es vorzog, für eine Firma zu Hause zu arbeiten, um ihrem Herrn den Mietzins für sein Atelier zu ersparen. Wann endlich wird auch bei diesen Kollegen die Dämmerstunde kommen, um einzusehen, daß mit Harmonieduselei und Günstlingswirtschaft zur Verbesserung ihrer Lebenslage nichts erzielt wird. Hat sich doch stets das Sprichwort »Undank ist der Welt Lohn« zur Tat verwandelt.

Das anschließende Referat des Kollegen Schubart über unsere abgeschlossene Lohnbewegung bestätigte so treffend, daß nur eine geschlossene Kollegenschaft sich menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Organisation erkämpfen kann. In der hierauf einsetzenden regen Diskussion wurde bemängelt, daß auch dieser Vertrag, wie alle bisherigen, ohne die gesamte Kollegenschaft zu hören, bereits abgeschlossen sei. Diesem Zustand müsse für die Folge entgegengetreten werden. Der Vertrag sei, selbst wenn man die in den beiden Referaten herausgehörten Schwierigkeiten berücksichtige, für Berlin mit seinen teuren Lebensbedingungen sehr beschämend, insbesondere wurde die Klausel eines »vollwertigen Steders« als unwürdig bezeichnet. Die Augenblende, daß bereits gezahlte Löhne nicht gekürzt werden dürfen, zwingt die Unternehmer nicht, diese für die Folge aufrecht zu erhalten. Den besten Beweis stelle die Firma Stein, Köpenick, dar. Dort seien von 10 Kollegen, die seit einigen Wochen dort beschäftigt sind, bereits wieder 4 gekündigt, weil die in Aussicht gestellte Arbeit der Tapetenfabrik Lingmann angeblich in der Provinz billiger hergestellt würde. Der Reichseinheitstarif sei der einzige Weg, auf dem unser Beruf wieder aufgebaut werden kann. Als ein Trost wurde empfunden, daß der Tarif nur bis zum 31. Oktober Gültigkeit hat. In seinem Schlußwort streifte Kollege Schubart nochmals die Gründe, die ihn veranlaßt hätten, dem Vertrag seine Zustimmung zu geben und gab der Hoffnung Ausdruck, daß zum kommenden Herbst, wo wir mit einer besseren Konjunktur rechnen dürfen, ein alle Kollegen zufriedenstellendes Resultat beim

Abschluß eines neuen Vertrages erzielt werden würde. Redner wies auf die kommende Branchenkonferenz (anschließend an den Verbandstag in Magdeburg) hin und appellierte insbesondere an die arbeitslosen Kollegen, schon jetzt in der freien Zeit für den Ausbau des neuen Tarifs tätig zu sein, um mit praktischen Vorschlägen und Anträgen die kommenden Versammlungen zu beschäftigen. Eine Kommission wurde beauftragt, bei der Firma Lingmann vorstellig zu werden, um zu bewirken, daß im Sinne der Verordnungen des Demobilisationsamtes sich der Firma Stein Gelegenheit bietet, alle am 4. August 1914 beschäftigten Formstecher wieder einstellen zu können. Ein Antrag aus der Versammlung, der es den Unternehmern untersagt, bereits angenommene Arbeiten an sogenannte Zwischenmeister weiter zu geben, wurde der Zentralkommission zur Berücksichtigung überwiesen. Daß der Arbeitsnachweis noch zu Recht besteht, sollte auch dem Kollegen Zschirpe in Dresden bekannt sein, umso mehr, als gerade der Kollege Zschirpe es war, der sich um die Durchführung dieser auf paritätischer Grundlage geschaffenen Institution seinerzeit in Berlin sehr große Verdienste erworben hat!

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß alle arbeitslosen Kollegen zwecks Kontrolle zum Arbeitsnachweis in jeder Versammlung (letzten Sonntag im Monat) anwesend sein müssen. Auch sollen die Versammlungen in Zukunft pünktlich 7 Uhr eröffnet werden, damit den Kollegen aus den Vororten Gelegenheit gegeben ist, an den Versammlungen bis zum Schluß teilnehmen zu können.

Feuilleton.

Eingegangene Schriften.

Die Berliner Putsche. Unter diesem Titel sind die Beratungen der verfassunggebenden Preussischen Landesversammlung über den Antrag Hoffmann auf Aufhebung des Standrechts und Belagerungszustandes im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin als Buch (186 Seiten) erschienen. Als Anhang ist die Erklärung des Ministerpräsidenten Paul Hirsch über das Programm der preussischen Regierung (25. März) abgedruckt. — Preis 3 Mk.

»Die Stimme aus dem Grabe« beifolgt ist eine Schrift, die soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin erschienen ist. Sie bringt eine kleine Sammlung aus den Reden und Aufsätzen des großen Führers der Internationale, Jean Jaurès, die der aus Paris gebürtige Genosse Viktor Schiff gesammelt und mit kurzen Erläuterungen sowie mit einem Vor- und Nachwort versehen hat. Der Verfasser schildert Jaurès Leben und Wirken als einen ständigen und jurchlosen Kampf gegen die französische Revancheidee und für die Versöhnung Deutschlands und Frankreichs — ein Kampf, der ihm schließlich das Leben kostete. Mit der Ausgabe in deutscher Sprache ist gleichzeitig eine in französischer Sprache erschienen, die den Vorteil hat, den der französischen Sprache Kundigen die Wucht und die Feinheit des Jaurès'schen Stils im Urtext genießen zu lassen. Der Preis beträgt 1,50 Mk. für jede der beiden Ausgaben.

Briefkasten der Redaktion. A. K., Maingau. Bitte um Angabe der Adresse für briefliche Mitteilung.

Ortsberichte.

Berlin, Formstecher. — Am 31. Mai tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Kollege Brinkmann gab in längerer Ausführung ein Resümee seiner im Auftrage der Zentralkommission ausgeführten Agitationstour. Wie bekannt, hatte in den ersten Wochen nach der Revolution die Zentralkommission versucht, Hand in Hand mit dem Unternehmerverband im beiderseitigen Interesse für den Wiederaufbau unseres, im Kriege so schwer geprüften Berufes Sorge zu tragen. Um vorzubeugen, daß im neuen Deutschland nicht wieder solche elenden Zustände in unserem Beruf Platz greifen, war durch die Annahme der, wenn auch nur minimalen Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Provisorium geschaffen, von dem man hoffen durfte, daß zu gegebener Zeit auf dieser Grundlage die Verbesserung unserer Berufsverhältnisse weitergeführt werden könnte. Viel geredet und versprochen, aber nichts gehalten, das war das

Stellenangebote

Merkantil-Lithograph
I. Kraft für Fabrik-Aufnahmen, modern. Schrift-Entwurf und Gravier in dauernde angenehme Stellung gesucht. Muster u. Gehaltsansprüche an **L. Hene, Pößneck (Thür.)**

Einige **nur beste Stecher** finden gute Stellung zu den neuen tariflichen Höchstlöhnen. **Cäsar Oschmann, Hannover-Vahrenwald.**
1 Zeichner, 1 Holzstecher und mehrere **tüchtige Messingstecher** werden durch den Nachweis gesucht. **C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergüterstr. 34.**

Tüchtiger **Nachschneider** der möglichst auch fräsen kann, sofort in dauernde Stellung gesucht. **Krey & Sommerlad, Niederschütz-Dresden.**

Verbandsnachrichten

Achtung! **Duisburg, Mülheim, Hamborn**
Vorsitzender u. Auskunftsstellen ist jetzt: **Carl Kruse, Duisburg, Beeckstraße 69** (Eingang Müller aase).
Kassierer und Unterstzungszähler: **G. Schmieglar, Hamborn 4, Heinrichstraße 8, II.**
Bitte die Kollegen, vor Stellungnahme nach hier vorher unbedingt Erkundigung einzuziehen.

Verschiedenes

Silbernitrat (salpeters. Silber)
Mk. 4,45, p. kg netto Kasse treibf. liefert **Arthur Mehnert, Berlin SO. 36, Wienerstr. Be 41**

Das Tauschieren und Ätzen der Metalle.
Preis inkl. Porto 1,60 Mk.
Conr. Müller, Schkeuditz-Leipzig.

ZINKDRUCKPLATTEN

1a. Zinkätze. Auswaschtinktur. Neuschleifen gebrauchter Platten. — Zinkdruckverfahren. Anleitung und Auskunft kostenlos.
KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 36, Wiener Straße 50.
Fernruf: Moritzplatz 12289.

„Betromit“ **Schnelltrockenmittel, Extrakt** — trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamstem Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.
„Steingummi“ flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabicum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiestellen, Zink- und Aluminiumplatten.
„Enoldin“ — Druckpaste — speziell für schlecht zu verdruckende Farben u. Papiere.
„Enol“ — Drucktinktur — sehr geeignet für Bronzedruck.
„Goljad“ vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel ist wasserhell, mild im Geruch, und nicht feuergefährlich.
empfehlen
H. Schuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereten.

Das Lehrbuch der Lithographie und des Steindrucks
verfaßt von **Alois Senefelder** in München 1821
Mit 20 Zeichentafeln nach Originalzeichnungen von der Hand Senefelders.
Herausgegeben vom Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe, Berlin. Preis 7,75 Mk. inklusive Porto.
Zu beziehen durch: **Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.**